

Dr. Inge Gräble MdEP
Europäisches Parlament
Altiero Spinelli 15 E 130
Rue Wiertz B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-2847868
Fax.: 0032-2-2849868

Pressemitteilung

FFH: Gericht bestätigt Planungshoheit der Gemeinden

Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble: Natura 2000 ist veränderbar

Jetzt ist es amtlich: Die FFH-Richtlinie muss gemeindefreundlich ausgelegt werden, Spielräume zum Wohle der Kommunen genutzt werden. Wie die CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble mitteilt, hat der Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz ein kommunalfreundliches Urteil (VGN 25/4) gefällt. "Die Selbstverwaltungshoheit für FFH-Gebiete hat an Einfluss gewonnen", so die Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble. "Der Staat trägt nicht nur Verantwortung für den Schutz der Umwelt, sondern auch für den Menschen. Mit diesem Urteil werden die Belange der Bürger und Gemeinden ernst genommen", so die Europaabgeordnete weiter. Die Gemeinden hätten damit die Möglichkeit, sich sinnvoll weiterzuentwickeln unter Beachtung der Belange des Naturschutzes.

Zur Schaffung eines einheitlichen ökologischen Netzes zur Erhaltung der europäischen biologischen Vielfalt wurde die Vogelschutzrichtlinie von 1979 mit dem Grundsatz zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume in der FFH-Richtlinie von 1992 zu dem Projekt "Natura 2000" zusammengefasst.

Danach dürfen auf der ersten Stufe der Gebietsauswahl und -ausweisung wirtschaftliche, soziale und infrastrukturelle Kriterien keine Rolle spielen. Nur aus zwingenden Gründen des überwiegend öffentlichen Interesses können Eingriffe in die Schutzgebiete vorgenommen werden, wenn eine zumutbare Alternative nicht gegeben ist.

Da bereits auf der ersten Stufe nur naturschutzfachliche Gesichtspunkte maßgebend seien, müsse die Garantie kommunaler Planungshoheit besonders auf der zweiten Umsetzungsstufe beachtet werden, um die Entfaltung gemeindlicher Selbstverwaltung zu ermöglichen.

Das Urteil mache deutlich, dass zu den Gründen des überwiegend öffentlichen Interesses auch Planungsanliegen der Gemeinden zählten, so die Europaabgeordnete. Aus diesem Grund dürfe eine aus naturschutzfachlichen Gründen großräumige Ausweisung von Schutzgebieten einer vernünftigen und abgewogenen Weiterentwicklung der Gemeinde nicht entgegenstehen.